

Dass die Wittenberger Feier in ultramontanen Kreisen, besonders aber im Vatican, einen Entrüstungsturm heraufbeschworen hat, der die Auswirkung dieser Kreise im grellsten Lichte erscheinen lässt, haben wir bereits hervorgegeben. Heute wird der „Pap. Blg.“ über die Neuerungen der vom Vatican abhängigen Blätter aus Rom ferner gemeldet:

„Die reaktionäre Preise bedeckt mit unverhohener Erregung das Fest in Wittenberg und den feierlichen Triumphsprach. Der „Moniteur de Rome“ steht in letzterem eine der vom Kaiser gesetzten persönlichen Ruhmgegenstände, welche bestimmt, wo nicht bestimmt, die eingetümelten Leibesfahnen aufzuhören und die öffentliche Meinung aufzuregen. Der „Moniteur“ sagt gereiztes Lachen, daß Preussen und seiner gemischten Bevölkerung deren gründelsten und widerstandsfähigsten Theil die Katholiken bilden, heut so Tage wie, als Vorrecht des Protestantismus aufgestanden, welcher in fühlbare Mäßigung begriffen sei und nur den Sozialismus nähre. Das es angestrebte Antiketzerei könnte sich lediglich durch Bekämpfung des Katholizismus und des Papstthums bekräftigen, müsse aber scheitern wie der Gukatkampf. Zudem sei der katholische Triumphsprach höchst bedeutend, weil er die Katholiken reize und die Unruhe über den neuen Gott vernehme. Der „Osservatore Romano“ leuchtet baldungsmauer als der des französischen Jägerorden verlaufte College die gleiche Absicht aus. Nach einer Gegenüberstellung des unverholten Columbusfestes und der „unbedeutenden Societas“ in Wittenberg, sowie des Überhauptes der katholischen Welt und desjenigen von achtzig Millionen Protestanten macht das päpstliche Organ den „rebellenischen Urheber des sogenannten Historianismus“ für die religiöse, staatliche und soziale Erfüllung Europas verantwortlich und fragt, was viele verschiedene Schenkungen haben jene achtzig Millionen? Wo ist bei der freien Straßburg die Einheit des Glaubens und der Religion geblieben? Wo ist die wahre Autorität? Bei dem, welcher je von Christus empfang, aber bei dem, welcher sie von Luther zu haben glaubt?“

Diese Neuerungen würden eines Kommentars nicht bedürfen, wenn nicht die "Voce della Verità", die bekanntlich den Reigen der Schmähungen gegen das Wittenberger Fest und die Reise des Kaisers eröffnete, plötzlich Orte bestimmen hätte, den Eindruck dieser Schmähungen abzuwenden und die rücksichtsvolle und friedfertige Haltung Kaiser Wilhelms gegenüber dem Centrum und der katholischen Bevölkerung Deutschlands zu lösen. Freilich klingt dieses Vor-leserbar genug. Es heißt nämlich in dem Beleidigungssatzteil der "Voce della Verità", der Wittenberger Trinkspruch bedeute einen neuen Triumph des Katholizismus und des Papstes, welche den von Natur freudentümlichen Protestantismus ge- nötigt hätten, eine friedliche Nieme aufzuzeigen. Man ersieht hieraus, daß die vaticaniischen Kreise durch die Wittenberger Feste nicht nur in größtem Zorn, sondern auch in arge Verwirrung gesetzt worden sind. Wahrscheinlich beginnen ihnen die Mausen aufzuhämmern, daß sie im Kaiser Wilhelm sich sehr geirrt haben, als sie annahmen, er sei bereit, dem Ultra-montanismus die weigehedende Opfer zu bringen und auch Feindsel, wie die Offizielen des Reichskanzlers, in dem Centrum eine Macht zu sehen, die an der Seite des Patriotismus marschiert.

Das französischen Quelle verlautete in diesen Tagen die Nachricht, eine Anzahl von Kardinälen habe einen Collectivprotest gegen die Politik des Papstes eingelebt. Diese Meldung wird jetzt dahin berichtigt, daß seit längerer Zeit seines hervorragender Mitglieder des Cardinal-Collegiums gegen die treibende jndliche Politik des Papstes renommiert, vielfach auch eine längere Ausführung Rampolla's unvereinbar mit den Interessen der Kirche erklärt worden sei. Ein gemeinsamer Schrift des Collegiums habe jedoch nicht stattgefunden. Alle Proteste seien anekdotisch; aber könnte man annehmen, daß solche Proteste von Papst und Rampolla in der Fortführung der französischen Politik bestärken. Der Papst befähige den Treiband, weil dieser Italien den Frieden garantiert und weil er nur von einer Niederlage Italiens die Wiederherstellung des alten Zustandes erwartet. Auf Rampolla allein sei die Verzögerung bei Ernennung der Kardinäle zurückzuführen; er wollte dadurch ein dem Treiband möglichst feindliches Enclave zusammenbringen. Gegenwärtig weigere sich Rampolla, auch vor einem deutschen Cardinal zu erneuern. Rapp sei ihm antipathisch wegen seiner Haltung im Culturaufzug. Im Vatican wünschte man überzeugend, daß dieser Periode leidenschaftlichen Politikress eine Zeit ruhiger Verwaltung folgen möge; deshalb seien die Beauftragungen einzelner Kardinäle daher gerichtet, wenn auch nicht einen treibende jndlichen, so doch einen unpolitischen Papst zu wählen, da Berichte zuletzt aus Deutschland und Österreich erscheinen lassen, wie viel Unzufriedenheit die gegenwärtige Richtung in katholischen Kreisen erzeuge.

In Belgien kann die Stimmrechtsfrage immer noch nicht zur Ruhe kommen. Jetzt ist ein Kompromiss in dieser Angelegenheit zu Stande gekommen. Da die herrschenden Parteien dem allgemeinen Stimmrecht ablehnen fehlten, so soll nach einer Einigung zwischen Regierung, Liberalen und Demokratischen Überaltern ein gemischtes Wahlrecht mit zwar Haushalts-Wahlrecht und Fähigkeits-Wahlrecht zusammen eingeführt werden. Die Kammer-Kommission für die Revision der Verfassung hat nach Abstimmung der von den Deputirten Janssen und Herren neuerdings gestellten Änderungsanträge mit 13 gegen 5 Stimmen das, daß an das Inhaben einer Wohnung gehülfte Wahlrecht angenommen. Nach Feststellung der Regierung hat Belgien gegenwärtig 197 385 "maisons électorales", das heißt Häuser, denen auf Grund ihres Katastervertrages das Stimmrecht zugeschafft wird. Die Inhaber dieser Häuser und die Vorsteher der Haushaltungen in diesen Häusern erhalten das Stimmrecht. Außerdem werden diejenigen Bürger stimmberechtigt, welche entweder durch ihre Lebensstellung sich als gelehrt gezeigt haben oder durch das Besitzen einer besonderen leichten Wahlprüfung ihre Fähigkeit für die Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Es ist nicht zu verstellen, daß dieses gemischte Wahlrecht die Zahl der Wähler in großem Umfange erweitern wird. Es erscheint zwecklos, daß die entschiedenen Überaltern und Liberalen kritisieren, sobald die Kammer das allgemeine Stimmrecht abgelehnt haben, sich gleichfalls diesem Kompromisse anzuschließen, ja aber bemühen werden, die Einschränkung dieses Stimmrechts fernzuhalten.

Über die europäische Wetteule, die internationale Spielbank in Monaco, sind durch die in diesen Tagen daseßt stattgefundene Generalversammlung der Société Anonyme des Bains du Mer et du Cercle des Etrangers de Monaco rechtshauliche Einzelheiten bekannt geworden. Aus dem in dieser Versammlung erstatueten Berichte ergibt sich, daß die Ernahmen aus dem Hazardspielen im verflossenen Jahre auf etwas über 23 000 000 Franken, das bringt an ungefähr eine Million Franken mehr als im Vorjahr zu belieben. Das Capital der Gesellschaft beträgt 30 Millionen Franken in 60 000 Aktionen zu 500 Franken. Aus dem Jahresertrag alle wird jede Aktion zunächst mit 5 v. H. verzinst und die überschreitenden Dividende kommt alljährlich im Mai zur Vertheilung. Die 1 250 000 Franken, welche die Gesellschaft aus dem Contrakte alljährlich an den Herrscher von Monaco abzuführen hat, sind zum Ausbau des lustlichen Palastes, zur Errichtung der Rathskirche sowie Schaffung eines Schul-

geren, sie schafft dem Volle, das keine Steuern zahlt, freien Unterricht und unentgeltliche Erziehung. Auf der anderen Seite ist aber dem Volle jedes Recht genommen, in seinen eigenen Angelegenheiten oder in der Verwaltung des Fürstenthums ein Wort mitzutragen. Außer der Streitigkeit aller dieser Speisen hat die Gesellschaft auch die Mittel für ihren eigenen Unterhalt aufzubringen. Sie zahlt jährlich 250 000 Fr. als Aufschuh an das Theater und hat weitere 250 000 Franken jährlich für die Opernkapelle aufzubringen. Mehr als hundert Coupiers und eine gleich große Anzahl anderer Beamten sind in den Sälenen auf Kosten der Gesellschaft zu unterhalten, während 1 500 000 Franken für die Beamten und das Detectivpersonal zahlbar sind. Eine weitere ständige Ausgabe sind die Aufwendungen für Pensionaire, das heißt für Reisenden, die ihr ganzes Vermögen dem Reich in Monte Carlo geschenkt haben und nun von der Gesellschaft erhalten werden. Diese Ungläubigen erhalten eine im Verhältniß zu dem von ihnen verspielten Geld stehende Jahresrente. Einer, der 300 000 Franken in Monte Carlo gelassen hat, erhält zweistellig, andere erhalten 20 Franken für den Tag, noch andere 10 Franken in der Woche. Ein weiterer namhafter Beitrag wird auch alljährlich für Eisenbahn-Fahrkarten erlaubt. Wer in Monte Carlo all sein Geld verspielt und möglichst rasch in die Heimat zu gelangen wünscht, ohne seine Angehörigen von seinem Maibor benachrichtigen müssen, erhält von der Gesellschaft eine Gabelarte zweier Arse, sowie 20 bis 40 Franken Bedienungsgefees, je nach der Dauer der Reise, außerdem wird seine Gastobrechnung an der Gesellschaft beglichen. Die Gesamtmautgabes der Gesellschaft betragen über 11 Millionen Franken im Jahre. Gestern war sie im Stande, im laufenden Jahre immer ausgängende Summen unter die Aktionäre zu verteilen. Ansicht dieser Mitteilungen ist wohl die Frage gerechtfertigt, ob lange noch seitens der europäischen Regierungen die nachvollen Befähnde in Monaco geduldet werden?

Vord Randolph Churchill hat sich jetzt auch über die Uganda-Frage ausgelassen. Das Journal "Daily Graphic" ist seinen vornehmen Mitarbeiter, dem er angeblich 100 Pfstl. für seine bekannten jüdischen Reisebeschreibungen gezahlt hat, aufgefordert, seine Ansicht über die Räumung Ugandas mitzuteilen. Vord Churchill gesteht selbst, daß Erkrankung schwierig sei. Er nimmt zur Dialektik seine Flucht und wirft eine Reihe von Fragen auf, obwohl man ihm keine Fragen, sondern eine Antwort verlangte. Er fragt u. A.: Wollt eine europäische Macht in ihrer Unabhängigkeit eine europäische Macht in ihrer Unabhängigkeit in Uganda aufrechterhalten? Wie weit ist sie für das Gegenteil zur Verantwortung zu ziehen? Vord Randolph Churchill zeigt der Ansicht zu, daß ein großer Bruch der Verantwortlichkeit auch anderen Mächten der, welche die Einflussnahme besitzt, zuftzt. Vord Randolph Churchill meint ferner, theoretisch lasse sich die Räumung Ugandas schwer rechtsetigen. Vom Kaufmanischen Gesichtspunkt aber betrachtet, sei Uganda nicht viel wert. Erwarte es nicht. Das Klima sei nicht für Europater geeignet. Die Schlechtenartigkeit lässt den Naturreichtum des Landes aussterben. Deshalb könne man kaum den britischen Steuerzahler zuwenden, Uganda wegen Opfer zu bringen. Vord Randolph Churchill stellt das Mosambikanland Gegenstat zu Uganda. Niemand hat ihn eigentlich dazu gehoben. Dennoch giebt Vord Randolph Churchill das in der Uganda-Frage Reichsinteressen im Spiele sind. Interessen und Würde müssen bei einer Nation, wie der Deutschen, auch in Ansicht gebracht werden. Die deutsche Nation kann bei ihren Unternehmungen nicht stets die Ausblot treffen. Manchmal muß sie das Schlechte mit dem Guten nehmen. Genauso wenig kann sie immer den reinen Habstamann spielen. Sollte das Parlament beschliegen, Uganda in der einen oder anderen Weise zu schliegen, so halte es für schwerer, dagegen zu opponieren. Jetzthaus ist die Gelegenheit seine Parteidratze." Der "Daily Graphic" muß Geld haben — denn gratis wird von Vord Randolph Churchill die Ankunft doch schwerlich erheitert sein.

Der Keenpunkt bei den unmittelbar bevorstehenden nordamerikanischen Präsidentenwahlen ist, wie wir uns mehrfach betont haben, der Mac Kinley-Tarif, der habe einen Verbot der Einfahrt fremder Waren gleichgestellt, und die Frage, ob derselbe in seiner ganzen Schrenheit beibehalten werden oder mildernde Änderungen erfahren soll. Republikaner sind die Partei der rücksichtlosen Prohibition, England ist nichts weniger als Freihändler; liberale Handelsfähige dürfen daher hentzuage auf keine Gunst rechnen den Bürgern der transatlantischen Republik, und eingreifende Änderungen des bestehenden Tarifs sind schon dadurch ausgegessen, daß die Mehrheit der Congreßhämter eine verschiedene Senat hat eine republikanische, das Hause der Abgeordneten eine demokratische Mehrheit. Große Hoffnungen also wird man die Freiheit des Weltmeers nicht hingeben, auch wenn die Demokratie Sieger bleibt. Immerhin hat sich diese Partei dementsprechend nicht verschlossen, daß der Mac Kinley-Tarif auch die Republik nicht etiel Segen gebracht hat. Er hat den Reichsbund Einzelnen zugeführt, die große Masse ist ausgezogen. Man wird darauf rechnen dürfen, daß nächstens der Versuch gemacht werden wird, eine erste Linie in die chinesische Mauer zu legen. Insofern wird es Ausland zufrieden sein, wenn das Wahlglied des Demokraten hold ist. Und aller Wahrscheinlichkeit nach wird dies Ausgang des Wahlkampfes sein. Mit den Aussichten des nekrotären Standes es bedenklich, so lange im Staat New-York, dem sogen. „Schlüsselstaat“, diese Partei selbst uneind

indem der Tammanyhall für Cleveland sich erklärte, aber in dem Gouverneur Hill ein anderer Kandidat vorgestellt wurde. Seitdem aber Hill selbst im September in Brooklyn vor einer Spaltung der Partei warnte zum Kampf mit vereinten Kräften für Cleveland aufzutreten, um den Republikanern die Macht zu entziehen, seitdem sind die Aussichten Cleveland's bestanden gestiegen. Wenn das Wetten wahrgenommen ist, so werden sich beide Parteien zur Zeit noch die Stange. Die Republikaner behaupten, daß die Demokraten in der letzten Summe 350 000 Dollars nach Indiana geschüttet haben, um gewinnen zu können. Die Demokraten wollen dagegen 1 000 000 Dollars darauf geben lassen zum Stimmenschauf. Die Republikaner verfügen jedoch über größere Geldmittel. Der Aristocrats-Club in Philadelphia soll ihnen 2 000 000 Dollars Wahlkampf aufgebracht haben. Die Carnegie'sche Eisen-Stahl-Gesellschaft soll dazu 100 000 Dollars und die deutsche Schiffbaugesellschaft 50 000 Dollars beigetragen haben. Der Beitrag der Carnegie'schen Gesellschaft wurde ungenügend betrachtet und es wurde das Ansehen gegeben, die Summe zu vergrößern. Der Director fand reisefrei nach New-York. Er legte dort 250 000 Dollars hin und zahlte das Geld an das republikanische National-

ausgestellt werden, d. h. eine Abweichung von den Beschlüssen der Fraktion in der Volksversammlung hat ohne Weiteres den Ausdruck aus der Fraktion bedingt." Das nennt man den

— Wie der „Nationalrat“ von zweckloser Seite mitgetheilt wird, ist die Meldung von einem Wechsel in der Statthalterchaft Elsaß-Bothringens völlig aus der Lust geirrt.

— Die „R. Pr. Sta.“ kann versichern, daß alle Zusätze

— Die „Reichscommission für Arbeitersozialistik“ ist seit über angeblich bevorstehende Reisen des Kultusministers Dr. Bosse ganz in der Luft schwelen.

— Ein Arbeitsschein für die Bäckerei ist bis zum 30. Juni d. J. in Thatigkeit. Auf Grund des Bundesratbeschlusses zur Einführung von Erhebungen für solche Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, ist eine gesetzliche Beurtheilung der Commissien über die Vernahme und Durchführung bezüglich der Arbeitszeit zunächst im Bäckerei- und Conditoreigewerbe, sowie im Müllermeisgewerbe herbeigeführt worden. Dies Gutsachen verbreitet sich über Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der vorgeschriebenen Pausen u. Ä. Außerdem hat die Commissien ihre Gutachten über Erhebungen in Betrieb der Arbeitszeit im Handelsgewerbe abgegeben.

— Durch das Kaiserliche Statistische Amt ist eine Reihe von Untersuchungen über die Verbreitung des Knaben- und Weibunterrichts in weiteren Kreisen seither noch gethanen haben, macht gegenwärtig einer günstigeren Ausfassung Platz, nachdem der Deutsche Verein für Verbreitung dieses Unterrichts seine grundlegenden Abschauungen in einer Denkschrift vorgelegt und diese u. A. auch folgendenkreisen übermittelt hat, welche im Innern des wirtschaftlichen Lebens stehen. Dies scheint, wie sich mehr und mehr herausstellt, überkaut der springende Punkt zu werden, von welchem aus, als einem praktischen Ziele, eine allgemeine und besonders auch staatliche Förderung zu erachten steht. So sind es neuerdings die Deutschen Handels- und Gewerbeakademien, welche den Erhebungen ihre Bedeutung und Theilnahme zuwenden. Bislang haben die Handelskammern in Bremen, Nürnberg, Künster, Köln, Offenbach, Halle a. S., Saara, Landeshut u. A.

Kümm, Körn, Lichtenau, Haue &c. Sagan, Landsberg u. Alte Sympathie in Beschlüssen fundgegeben, die im Wesentlichen von der Erkenntnis ausgehen, daß in der Zeit einer hohen wirtschaftlichen Entwicklung die heranzuhende Jugend nicht mehr allein zu geistiger Arbeit, wie es die alten Schule noch vorwiegend thut, sondern auch zur werktätigen Arbeit der Hand erzogen werden muß. In einer Reihe großer außerdeutscher Staaten ist diese Erkenntnis schon lange herangetreten. Ebenso macht sich jetzt in vielen Kreisen, welche wirtschaftlich darmstädterlagen oder in einem unverantwortlichen Finanzkreis nachgesetzte sind, die

chen eine unrentable Handindustrie verbürgt, eine lebhafte innigung zu diesen Bestrebungen gesezt, wie beweisweise den idiosynkratischen Weberdichtungen. Aber auch eine Anzahl von landesuntersuchungsanstalten hat neuerdings eine entschiedenere Förderung dieser Bestrebungen aufgenommen, wie Baden, Sachsen-Weissenburg, Württemberg, Sachsen, Hessen, Thüringen, Anhalt, Sachsen-Anhalt, Bremen u. a. m. In erneutem steht, wie aus der sympathischen Stellung der Künster des Kultus, des Innern und der Finanzen zu schließen ist, ebenfalls eine weitere Förderung, als sie seither wiederholt gegen geprägt hatte, voraussichtlich bevor. Werden die fürstlichen Güter, sofern vorhanden, auf dem Lande

* Wittenberg, 3. November. Wahrend der Wittenberger Festtage folgten ihm im Stilien ein Kreis aus, das vielleicht für die bleibenden Verhältnisse des evangelischen Deutschland nicht ohne Bedeutung bleibt. Es tagte in Wittenberg eine Versammlung von 80 bis 100 Geistlichen aus fast allen Theilen Deutschlands, um über die Bildung eines Sachsenbundes aller evangelischen Kirchen zu berathen.

— Der Kaiser reiste heute früh kurz vor 8 Uhr von

— Den Stadtverordneten ist auf die an die aifertin gerichtete Geburtsag-Glückwunscharesse folgendes
Schreiben zu überbringen:

ansichteten zugängen: „Die Gläubiger der Stadtverordneten von Berlin zu Weinenburgstraße, welche in diesem Jahre die Taufe ihrer Tochter zu dem Tage ganz besonderer Freude und wärmsten Dankes gegrüßt gnädige Führung gestattete, hofft Ich ganz engeren ge-
messen und spreche deinen Weinen besten Dank aus. Mein
herzliche soll auch im neuen Lebensjahr vertragewisse
den bedürftigen Theile der Bessiner Berlins gelten und
sicherlich Ich erneut alle Bestrebungen zur Verbesserung
der Lage der ärmsten Holländischen Reiner besonderen Anteil-
nahme, zumal da, wo diese Führer sich nicht auf die Be-
aufsichtigung leiblicher Noth allein beziehen, sondern auch in religiöse
und thilflicher Hinsicht einzutreten bemüht ist. Daß die Anstrengung,
die auf diesem großen Gebiete an die höchsten Höhenden heran-
trete, von Jahr zu Jahr wachsen, ist unvermeidbar, ebenso gleich-
wie aber auch, daß in dieser Richtung ordlicher Arbeit und
schneller Erfolge zu hoffen ist.“

— Heute Nachmittag trat der Bundesrat zu einer Sitzung zusammen. Er beschloß, wie schon telegraphisch mitgetheilt, die Wiedervorlegung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches an den Reichstag. Vorher tagten der Ausschuss für Handel und Verkehr, die vereinigten Ausschüsse für Innereien und für Haushaltungswesen, sowie die vereinigten Ausschüsse für das Adupten und die Festungen und für Handel und Verkehr. — In dem Reichshaushaltsgesetz für 1893/94 liegen dem Bundesrat jetzt auch, dem „Reichs-Anzeiger“ zufolge, die Aufsicht des Reichsamtes des Innern, der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung sowie der Verwaltung der Reichsbahnlinien vor.

— Die „Verl. Pol. Rahr.“ schreiben: „In einigen Hötteln findet sich eine Mitteilung, wonach die Schau über die Geheimhaltung sämmtlicher Bandes- und Freudenjaden wieder rüdigig gemacht sei soll. Das ist natürlich doch ausgeschlagen werden, als hätte eine solche Anordnung bestanden. Wer könnte wiederholt auf das Geheimnissthefe hoffen, daß eine solche Anordnung nicht getroffen und nicht wichtig war, deshalb auch nicht genehmigungswürdig seyn könnte.“ — Nach vielen trüben Nachrichten aus Ostafrika kommt der eine erfreuliche. Am 27. August hat in Mombasa ein freies Gefecht stattgefunden, in welchem unsere Truppen der Führung des Lieutenant Johanns bei drei Angriffen Wakunge-Wassis Sieger geblieben sind. Im Kampfe standen 60 Mann der 4. Compagnie der Schutz-Trappe. Die Zahl der angegriffenen Wassis wird auf 3000—5000 geschätzt. Verluste haben wir nicht erlitten, die Feinde da-

— Der Börseunterrichtungsanzuschauung, welcher seit dem 2. J. im Reichsbankgebäude mit seinen Nebenräumen täglich Sitzungen vor fast leidenschaftlicher Türe abhalten, hat wie wir bereits mittheilten, die Zeitung Januar 1. J. verlängert. Dem zunächst eine legitime Gründung von Schwerpunktsetzung der Börsökonomie und die bisherigen Ergebnisse bezüglich des Börsenweises, sowie des Terminhandels bzw. Differenzgeschäfts und vorläufiger Entwicklung unterzogen worden, erfolgte die Verhandlung von Schwerpunktsetzung der Produktionskörte, und zwar die auf praktischen Gründen mit dem Kostensymbol begonnen. Bei diesen Gründungsversammlungen wurden neue Schwerpunkte gesetzt, nicht dari aus Hamburg, zwei aus Berlin, je einer aus Kassel, Ulm, Nürnberg und Würzburg. Hierauf wurden die Begegnungen über die Börsenkörte wieder aufgenommen und die Gründung des Börsenweises, der Courtstellung, der Börsenorganisation, des Ehrengerichts für Börsenstrafrecht, sowie des Kommissionsrates eindeutigst ordnete, nicht unmittelbar dabei gelegterweise des Fragebogens erledigt. Die größten Bedenke werden einer zweiten Sitzung nochmals geprüft werden. In der Zeit vom Weiberbaumstrat der Commission sollen noch den Reichstag

* Tübingen, 2. November. Die durch das Vorgehen des Confessoriums gegen den Pfarrer Schrempf angeregte „Selkenninie“-Frage hat auch unter hiesigen Studirenden der evangelischen Theologie eine lebhafte Bewegung hervorgerufen. Wie die „Medarzeitung“ berichtet, sind in den letzten

